

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (6. Wahlperiode)
am **23.02.2016**

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herr Michalski

Die Gemeindevertreter:

| | |
|--------------------------|---|
| 1. Karl-Heinz Olschewski | X |
| 2. Bernhard Franke | X |
| 3. Jürgen Michalski | X |

sachkundige Einwohner:

| | |
|---------------------|---|
| 4. Günter Tiedemann | X |
| 5. Bernd Jahn | X |

Gäste:

| | | |
|--------------|---|--|
| Frau Küster | - | Amtslnr. Zentrale Dienste und Soziales |
| Herr Gardeja | - | Kurdirektor |
| Herr Behrens | - | Amtslnr. Finanzen |

Niederschrift der 9. Sitzung des Finanzausschusses vom 23.02.2016

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Tagungsort: Sitzungsraum 117, Gemeindeverwaltung
Beginn: 16.00 Uhr
Ende: 18.00 Uhr

zu 1.

Herr Michalski begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2.

Herr Michalski schlägt vor, den Punkt 7 mit dem Punkt 5 zu tauschen, falls Herr Gardeja später kommt.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmung: **Ja-Stimmen: 5**
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung und Beschlussempfehlung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2014 sowie zur Ergebnisverwendung für den Eigenbetrieb Kurverwaltung
6. Beratung und Beschlussempfehlung zum Erwerb eines Grundstückes in der Gemarkung Prora
7. Beratung und Beschlussempfehlung zur Einvernehmensklärung zum Leistungsvertrag zwischen dem Internationalen Bund e. V. und dem Landkreis Vorpommern-Rügen über den Betrieb der Kita „Lütt Matten“

nicht öffentlicher Teil:

8. Sonstiges

zu 3.

Für Herrn Olschewski ergeben sich aus dem Protokoll Fragen für den nicht öffentlichen Teil.

Eine Frage von Herrn Olschewski aus dem Protokoll beantwortet Herr Behrens dahingehend, dass Prora noch nicht in das Verkehrskonzept eingebunden war. Derzeit laufen Verhandlungen, dass man Prora zum gleichbleibenden Preis mit aufnimmt.

Das Protokoll der Sitzung vom 03.11.2015 wird bestätigt.

Abstimmung: **Ja-Stimmen: 4**
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 1

zu 4.

Herr Tomschin erkundigt sich nach der Höhe der Umbaukosten in der Kurverwaltung, die Frage stellte er bereits in der Gemeindevertretung. Außerdem weist er darauf hin, dass am

Parkplatz Klünderberg immer noch das Schild „gebührenpflichtig“ durchgestrichen ist. Er kennt den Grund nicht, aber es geht viel Geld verloren.

Herr Behrens gibt das weiter.

Herr Franke merkt an, dass im Finanzausschuss nichts über die Umbaukosten bekannt ist.

Frau Rebsch (Seniorenbeirat) bittet darum, dass sie zukünftig wieder eine Einladung zur Finanzausschusssitzung bekommt.

zu 7.

Frau Küster informiert über den Leistungsvertrag für die Kita „Lütt Matten“. Der Träger Internationaler Bund e. V. hat im September 2015 die Unterlagen an den Landkreis und an die Gemeinde gereicht. Der Landkreis führte die Prüfung durch, das Prüfungsergebnis ist beigefügt. Detailfragen zu den vom IB erstellten Zahlen kann Frau Küster nicht beantworten, sie würde die Fragen aber weiterleiten und die Antworten ins Protokoll mit aufnehmen. Frau Küster hat die Unterlagen geprüft und mit den vorherigen Daten verglichen. Die Anpassung erfolgt aufgrund einer Lohnerhöhung zum 01.01.2016. Alle anderen Beträge sind unverändert.

Bei der Planung für 2016 ist im Kindergarten z. B. ursprünglich mit einem Anteil für Eltern und Gemeinde von jeweils 162,75 € gerechnet worden, im Oktober erfolgte dann eine Anpassung wegen Erhöhung der Kreis- und Landesmittel. Daraus ergab sich eine Reduzierung für die Eltern und für die Gemeinde auf 148,58 € im Kindergarten. Die Berechnung mit den neuen Zahlen aus der Leistungsvereinbarung ab 2016 ergibt nun im Kindergarten einen Anteil von 160,02 € für die Gemeinde und 160,01 € für die Eltern.

Für den Nachtrag folgt daraus ein zu berücksichtigender Wert von 5.000 €. Im Krippenbereich zeigen sich die größten Auswirkungen, hier beträgt der Zuschuss 14.453 €, im Kindergarten und Hort ergäbe sich auf der Grundlage der Planzahlen 2016 eine Reduzierung (KG -2.580 €, Hort -6.800 €). Zum Zeitpunkt der Nachtragsplanung passt Frau Küster die Zahlen an und verwendet dann die tatsächlichen Zahlen. Da es immer Verschiebungen im Ganztags- und Teilzeitbereich gibt, werden sich Änderungen ergeben, so dass es sein könnte, dass im Nachtrag doch keine Summe zu berücksichtigen ist. Für die Eltern ergibt sich eine Erhöhung von 34 € im Krippenbereich, im Kindergarten sind es 11,44 €, im Hort 9,78 €. Frau Küster bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag, da eine Anpassung der Lohnkosten eine ganz normale Sache ist.

Herr Franke meint, dass man beide Seiten betrachten sollte, so dass die Gemeindefinanzen passen und die Belastung für die Eltern nicht so hoch ist. Insofern werden die Mehrkosten durch die höheren Personalkosten gleichmäßig auf die Gemeinde und die Eltern aufgeteilt, durch die Landes- und Kreismittel werden sie nicht aufgefangen?

Der Gesetzgeber legt fest, dass die übrig bleibenden Kosten zu gleichen Teilen von den Eltern und der Gemeinde getragen werden, so Frau Küster. Die Gemeinde muss sich mit mindestens 50 % an den Kosten beteiligen.

Herr Michalski merkt an, dass das Verhältnis in der Kita „Seesternchen“ zwischen Eltern und Gemeinde nicht so ist.

Das liegt daran, dass der Platz in der Kita „Seesternchen“ viel teurer ist, so dass die Gemeinde mehr zuschießt, so Frau Küster. Die Kita „Lütt Matten“ wird ebenfalls zusätzlich bezuschusst, und zwar bei den Lohnkosten im technischen Bereich. Das sind für 2016 36.857 €. In der Planung ist das enthalten – diese Vereinbarung wurde bei der Übergabe an den Träger getroffen.

Bedürftige Eltern können die Übernahme der Platzkosten beim Land beantragen. Außerdem gibt es die sogenannte Elternentlastung, d. h. bis zum 3. Lebensjahr wird ein Ganztagsplatz im Krippenbereich mit 100 € bezuschusst, ein Teilzeitplatz mit 60 €, ein Halbtagsplatz mit 40 €. Das ist nicht an das Einkommen der Eltern gebunden. Weiterhin gibt es für das

Vorschuljahr ebenfalls eine Elternentlastung in Höhe von 80 € für einen Ganztagsplatz, 48 € für einen Teilzeitplatz, 32 € für einen Halbtagsplatz.

Herr Franke fragt, ob es Vergleiche mit anderen Kitas gibt, z. B. einen Landesdurchschnitt.

Eventuell hat der Landkreis so eine Statistik, so Frau Küster. Sie fragt nach. Binz war in alten Statistiken mit beiden Einrichtungen im oberen Drittel vertreten.

Herr Franke bittet darum, zukünftig Vergleichswerte von den G 4-Gemeinden einzuholen bzw. von anderen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, vielleicht sogar bundesweit.

Herr Olschewski möchte den Unterschied zwischen Teilzeit- und Halbtagsplatz wissen.

Frau Küster erklärt: Ein Volltagsplatz gilt für bis zu 10 Stunden, ein Teilzeitplatz bis zu 6 Stunden, ein Halbtagsplatz bis zu 4 Stunden.

Herr Michalski spricht die für die Eltern vorteilhaften Öffnungszeiten von 6 bis 19 Uhr sowie am Wochenende an, mit denen die Gemeinde im Vergleich zu anderen Kommunen gut dasteht.

Der Finanzausschuss erteilt seine Zustimmung zum Leistungsvertrag zwischen dem Internationalen Bund Stralsund e. V. und dem Landkreis Vorpommern-Rügen über den Betrieb der Kindertagesstätte „Lütt Matten“ in 18609 Ostseebad Binz, Dollahner Str. 77 a, mit der Gültigkeit ab 01.01.2016.

Abstimmung: Ja-Stimmen: 5 (einstimmig)

zu 6.

Es handelt sich um die alte Zollbaracke, so Herr Gardeja. Gespräche mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben laufen seit 1 ½ Jahren. Das Kaufangebot beläuft sich auf 130.000 €. Derzeit ist die Halle durch die Kurverwaltung zum Preis von 1.890 € monatlich gemietet. Sie wird langfristig gebraucht, deshalb wäre der Kauf sinnvoll. Der Kaufpreis ist im Haushaltsplan nicht enthalten und würde mittels APL-Antrag eingereicht werden, er soll über eine Kreditaufnahme abgewickelt werden. Nach Prüfung verschiedener Angebote kommt die KfW mit dem effektiven Jahreszins von 0,2 % auf 10 Jahre in Frage. Die Halle dient derzeit als Lager für den kompletten Sportstrand, für die Bauhof-Logistik usw. und soll künftig auch Rettungsboote, mobile Rettungstürme, Veranstaltungstechnik etc. beherbergen. Sie ist in einem guten Zustand und wurde saniert. Durch die ausreichenden Auffahrten und Rolltore ist die Halle auch für Radlader usw. geeignet. Das Angebot von 130.000 € ist sehr gut, so dass eine Amortisierung bereits nach 6 Jahren erfolgt. Die monatliche Kreditrate auf 10 Jahre beläuft sich auf 1.300 €. Die Zustimmung der Kommunalaufsicht ist erforderlich. Der Betriebsausschuss hat sich bereits positiv positioniert.

Herr Jahn begrüßt das Vorhaben und weist auf die perspektivisch zentrale Lage der Halle hin, wenn Prora dann auch Kurgebiet ist.

Herr Gardeja fügt hinzu, dass keine Restschuldtilgung notwendig wird und die Option für Sonderzahlungen besteht.

Herr Olschewski erkundigt sich nach der Formulierung im Kaufvertragsentwurf, dass die Abgrenzung nicht eindeutig ist. Ist hier eine Vermessung erforderlich?

Herr Gardeja meint, dass sicherlich noch eine Einmessung erfolgen muss. Er wird sich erkundigen. Die Halle wird auf dem Plan genau markiert.

Der Finanzausschuss befürwortet den Erwerb eines Grundstückes in der Gemarkung Prora durch die Kurverwaltung Ostseebad Binz.

Abstimmung: Ja-Stimmen: 5 (einstimmig)

zu 5.

Herr Gardeja berichtet, dass der Jahresabschluss 2014 beim Landesrechnungshof mit positiver Resonanz eingereicht wurde. Der Jahresgewinn in Höhe von 177.646,13 € wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Gewinnvortrag betrug auflaufend 492.752,38 € und erhöht sich dementsprechend auf 670.398,51 €. Damit ist die Entlastung des Kurdirektors für das Wirtschaftsjahr 2014 erteilt.

Herr Behrens erläutert, dass die Erhöhung des Eigenkapitals den Gemeindehaushalt beeinflusst, d. h. die Beteiligung der Gemeindeverwaltung an der Kurverwaltung erhöht sich. Dieser Ertrag wird im Haushalt der Kurverwaltung sowie im Haushalt der Gemeindeverwaltung gebucht.

Herr Michalski spricht die Bemerkung im Prüfbericht zur Unterteilung und Zusammenfassung von Bereichen an. Wie ist das gemeint und ist das für 2015 noch umsetzbar?

Für 2015 ist die Kostenstellenrechnung nach Ort und Entstehung der Kosten noch nicht umsetzbar, so Herr Gardeja. Wir haben auf DATEV kommunal umgestellt, in diesem Zuge ist die entsprechende Zuweisung erfolgt. Deshalb ist im Wirtschaftsplan 2016 eine Erhöhung der Projektkosten zu verzeichnen, weil die Umlagefaktoren aufgeschlagen werden. Somit haben sich alle Eventformate verteuert, dort sind die Personalkosten mit eingerechnet. Der Technikbereich ist noch nicht ausreichend strukturiert und gegliedert, weil es eine Anzahl von Maßnahmen gibt, die in einem Arbeitsgang erledigt werden. Derzeit läuft die Abstimmung mit dem Personalrat, damit die Zeiterfassung die Leistung abbilden kann. Wahrscheinlich wird im nächsten Prüfbericht wieder diese Bemerkung stehen, aber ab 2016 werden die Forderungen erfüllt.

Der Finanzausschuss gibt seine Zustimmung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2014 sowie zur Ergebnisverwendung für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Ostseebad Binz.

Abstimmung: Ja-Stimmen: 5 (einstimmig)

Herr Jahn kommt auf die Frage aus der Einwohnerfragestunde hinsichtlich der Umbaukosten in der Kurverwaltung zurück. In der Gemeindevertretersitzung gab es keine Antwort auf diese Frage.

Da die Forderung zu den Kosten derzeitiger Baumaßnahmen der Kurverwaltung bereits auf der Gemeindevertretersitzung erfolgte, ist im Finanzausschuss kein Handlungsbedarf, so Herr Michalski.

Im Vorfeld wurde ein Baugutachten eingeholt, so Herr Gardeja. Die Kosten bewegten sich nicht in der Größenordnung, dass EU-weit ausgeschrieben werden musste.

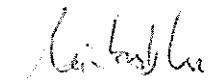
Herr Olschewski erkundigt sich nach dem Stand hinsichtlich der Strandpromenade.

Wir sind im Zeitplan – Ende April, so Herr Gardeja. Die Eröffnungsveranstaltung könnte evt. mit dem Anbaden zusammen stattfinden, je nachdem, wie der Minister Zeit hat. Das Haus des Gastes wird am 29.02.2016 wieder eröffnet. Dann wird das Thema Bibliothek und Kleinbahnhof angegangen, Termin ca. Mitte März.

Herr Franke fragt Herrn Gardeja nach seiner Meinung zur Notwendigkeit einer Eventhalle in Binz.

Herr Gardeja kennt die Information, dass das klassisch über die Kommune aus Fördergründen nicht funktioniert. Förderung gibt es aber bei grundlegender touristischer Nutzung,

müsste sich die Kurverwaltung das „zutrauen“. Grundsätzlich sieht Herr Gardeja ein Potential, so etwas auf den Weg zu bringen, weil der gesamte Standort Rügen im Hinblick auf das Tagungs-, Seminar- und Kongressgeschäft nicht ausreichend entwickelt ist. Vorgesprochen wird immer die schlechte Erreichbarkeit. Mittlerweile sind aber alle Veranstaltungsstätten so „abgefrühstückt“, dass die großen Unternehmen auch längere und unbequemere Anreisen in Kauf nehmen. Dazu muss gesagt werden, dass eine Halle solchen Formates nicht ohne Hotelkapazitäten läuft. Man muss daran denken, dass es bewirtschaftet werden muss. Herr Gardeja hält nichts davon, zu dem Kongressbereich eine solitäre Bewirtschaftungsstruktur im Sinne eines Gastronomiebetriebes zu schaffen, sondern es kann nur mit einer Hotelnutzung einhergehen, wo man sich bestimmter Nutzungsvereinbarungen einer solchen Halle annimmt. Dann bräuchte man Größenordnungen von 250 – 300 Zimmern. Die Halle lässt sich ohne begleitende Infrastruktur nicht erfolgreich halten. Herr Gardeja schätzt das Risiko der Bewirtschaftung als sehr hoch ein und möchte dies nicht durch die Kurverwaltung tragen lassen. Dafür ist sie derzeit nicht stark genug. Für den Eigenanteil sollte man sich einen Hotelinvestor suchen.



Michalski
Ausschussvorsitzender



Lußky
Protokollantin